

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

- Durchführung von Rentenberatungen und Prüfung von Versicherungsverläufen
 - Durchführung von Rentenberatungen;
 - Prüfung von Versicherungsverläufen und Aufnahme von Rentenanträgen;
 - Dokumentation rechtswirksam gestellter Anträge beim Versicherungsamt;
 - Abfrage und Bestätigung von Personenstandsdaten aus dem Bestand der Deutschen Rentenversicherung.
- Die Versicherungsämter bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten, die Gemeindeverwaltungen und die Versichertenberater erteilen Auskünfte, beraten und nehmen Anträge entgegen.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

- Art. 6 Abs. 1 Buchst. c und e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO);
Art. 4 und 5 Bayerisches-Datenschutzgesetz (BayDSG).
- §§ 14, 15 und 23 Sozialgesetzbuch I (SGB I);
 - §§ 93 und 131 Sozialgesetzbuch VI (SGB IV);
 - § 1 Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz - KSVG).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Versicherungsnummer;
- Name und Vorname (ggf. Geburtsname);
- Geburtsdatum und -ort;
- Familienstand und Staatsangehörigkeit;
- Anschrift und Kontaktdaten;
- Daten zu Angehörigen;
- Daten aus dem Versicherungsleben einschließlich Aus- und Fortbildung, Kindererziehung und Versorgungsausgleich;
- Daten zur aktuellen Einkommenssituation einschließlich Sozialleistungsbezug;
- Daten zu Unfall, Schadensersatz und Regress;
- Daten zur Kranken- und Pflegeversicherung;

vom Antragsteller, Mitgliedern der Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft und von unterhaltspflichtigen Angehörigen.

Bei Leistungen zur Teilhabe werden zudem Angaben zum Beruf und Arbeitgeber, frühere Tätigkeiten, Beschreibungen zum Arbeitsplatz und zur Stellung im Beruf sowie bereits durchgeführte Leistungen zur Teilhabe erhoben.

Für Leistungen zur Teilhabe und Renten wegen Erwerbsminderung werden auch Informationen hinsichtlich des aktuellen Gesundheitszustandes erhoben (wie z. B. festgestellte medizinische Diagnosen, durchgeführte ärztliche Untersuchungen, Adressen von Ärzten/Untersuchungsstellen). Es handelt sich um „besondere Kategorien personenbezogener Daten“ im Sinne von § 67 Abs. 1 SGB X i.V.m. Art. 9 DSGVO. Die Antragsteller werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie die Möglichkeit haben, der Übermittlung dieser Daten an andere Stellen zu widersprechen (§ 76 Abs. 2 SGB X).

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die von Ihnen gemachten Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der Fachabteilung „Soziale Verwaltung“ verarbeitet. Darüber hinaus übermitteln wir die Daten im Bedarfsfall an unser Ausländeramt und bei direkter Zahlung von Beiträgen, Mieten und weiteren Kosten an Krankenkassen, Rentenversicherungen, Vermieter und Energieversorger. Wir sind dem Antragserfassungsprogramm der Deutschen Rentenversicherung "rveServices" für die öffentliche Verwaltung angeschlossen.

Unter den Voraussetzungen der Sozialgesetzbücher können auch weitere Stellen wie das Einwohnermeldeamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Familienkassen, Finanzämter, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr, Gerichte, Kfz-Zulassungsstelle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof oder Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingebunden werden.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer, außer rechtliche Verfahren machen dies notwendig.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Daten werden 5 Jahre nach Abschluss der Bearbeitung gelöscht. Im Falle von Rückforderungsansprüchen verlängert sich die Speicherdauer aller vorliegenden Daten auf 30 Jahre.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten werden im Regelfall direkt bei der betroffenen Person erhoben. Gegebenenfalls und ergänzend, erhalten wir Daten über andere öffentliche und nicht-öffentliche Stellen und Personen, soweit hierzu eine rechtliche Grundlage vorliegt.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO ein und verarbeiten Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe personenbezogener Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich aus §§ 60 ff. SGB I. Im Falle der Nichtbeachtung können die Leistungen versagt oder entzogen werden.